

AFGHANISTAN

EINSATZ DER BUNDESWEHR IN AFGHANISTAN

CDU

Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Warum ist die Bundeswehr in Afghanistan?

Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ist in Deutschlands Interesse. Er dient unserer Sicherheit, denn die Sicherheit und Stabilität Afghanistans wirken sich unmittelbar auf uns aus. Nur der Einsatz internationaler Truppen verhindert derzeit, dass Afghanistan erneut zu einem gescheiterten Staat und zum Rückzugs-, Ausbildungs-, Planungs- und Operationsraum für international agierende Terroristen der Al Qaida wird, die auch uns bedrohen können. Die Soldaten der Bundeswehr als auch die zivilen Wiederaufbauhelfer verdienen für ihren gefährlichen Einsatz in Afghanistan unsere Anerkennung und Unterstützung.

Wir dürfen nie vergessen, warum der Bundeswehreinsatz in Afghanistan – noch im Dezember 2001 unter dem damaligen Bundeskanzler Schröder – begonnen wurde und warum er bis heute fortgesetzt wird: Das von den Taliban und Al Qaida beherrschte Afghanistan war die Brutstätte des Terrors vom 11. September 2001. Dem 11. September 2001 folgten weitere verheerende Anschläge auch in Europa, in Madrid und London.

Auch Deutschland ist im Visier der Terroristen. Die Pläne der sogenannten „Sauerland-Gruppe“, die Anschläge in Deutschland geplant hatte, wurden glücklicherweise vereitelt. Sie hätten verheerende Folgen haben können. Die Ausbildung dieser Attentäter erfolgte in Afghanistan. Deshalb sollte niemand die Ursachen verwechseln. Der Afghanistan-Einsatz ist unsere Reaktion auf den Terror.

Ziel der Staatengemeinschaft bleibt ein souveränes und hinreichend stabiles Afghanistan, das die in seiner Verfassung verankerten Menschenrechte achtet, das sich wirtschaftlich und sozial entwickeln kann und von dessen Boden keine Gefahr für die Region und die Welt ausgeht.

Gibt es auch humanitäre Gründe für den Einsatz?

Ja, es gibt auch entwicklungspolitische und humanitäre Gründe für eine Fortführung des Einsatzes. Die Gefahr einer Rückkehr der Taliban an die Macht ist noch nicht gebannt. Unter den Taliban wurden Frauen vollständig ihrer Rechte beraubt und brutal unterdrückt.

Mädchen durften keine Schule besuchen und keine Ausbildung machen. Musik, Tanz – vieles war bei Androhung grausamster körperlicher Strafen verboten. Es gab Massenhinrichtungen im Fußballstadion von Kabul. Trotz der Opfer, die der Konflikt nach wie vor fordert, hat sich die Menschenrechtslage deutlich verbessert.

Der Einsatz ist zudem die Voraussetzung für weitere politische und wirtschaftliche Fortschritte. Ohne Sicherheit keine Entwicklung, ohne Entwicklung keine Sicherheit. Diese Erkenntnis kommt im Ansatz der „vernetzten Sicherheit“ zum Ausdruck, der die militärischen und polizeilichen Anstrengungen für die Sicherheit mit den zivilen Wiederaufbauanstrengungen verknüpft. Es ist ein Erfolg des beharrlichen Engagements der Bundesregierung, dass alle unsere Partner diesen Ansatz mittragen.

Mit wie vielen Soldatinnen und Soldaten ist die Bundeswehr in Afghanistan und was ist deren Aufgabe?

Das am 28. Januar 2011 vom Deutschen Bundestag erteilte Mandat für den ISAF-Einsatz (ISAF - International Security Assistance Force) in Afghanistan sieht vor, dass bis zu 5 350 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt werden können. Davon sind 350 als flexible Reserve vorgesehen, insbesondere um auf besondere Situationen, vor allem im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung, angemessen reagieren zu können. Das Mandat gilt bis zum 31. Januar 2012.

Die Bundeswehr hat seit 2006 die Führung des Regionalkommandos Nord und ist dort schwerpunktmäßig im Einsatz. Zudem werden Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in der Region Kabul eingesetzt. Zeitlich begrenzt ist auch ein Einsatz in anderen Regionen möglich, wenn dies zur Erfüllung des ISAF-Auftrags notwendig sein sollte.

Die Aufgaben umfassen u. a.

- die Unterstützung der Regierung von Afghanistan bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit, auch und besonders zum Schutz der Bevölkerung;
- die Unterstützung bei der Reform des Sicherheitssektors, insbesondere beim Aufbau funktionsfähiger afghanischer Sicherheitskräfte (Armee und Polizei durch Ausbildung, Begleitung und Unterstützung im Einsatz – Partnering und Mentoring – sowie Ausrüstungsunterstützung);
- die Schaffung eines sicheren Umfeldes für die zivilen Wiederaufbauhelfer;

- die Mitwirkung an der ISAF-Führung,
- der Verwundetenlufttransport,
- die Eigensicherung sowie
- der Beitrag zur zivil-militärischen Zusammenarbeit.

Wann kann die Bundeswehr aus Afghanistan abziehen?

Wir wollen keinen unbefristeten bis zum St. Nimmerleinstag. Deshalb unterstützt die CDU das Ziel der afghanischen Regierung, bis 2014 für die eigene Sicherheit sorgen zu können. Der Einsatz kann Zug um Zug beendet werden, wenn die afghanische Regierung für die Sicherheit im eigenen Land sorgen kann. Dies ist das vorrangige Ziel des Einsatzes. Je schneller dieses Ziel erreicht wird, desto eher kann der militärische Einsatz beendet werden. Doch wer jetzt einen starren Abzugstermin festlegt, ermutigt die Taliban zum Durchhalten. Deshalb heißt es in dem am 28. Januar 2011 vom Bundestag beschlossenen Mandat für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan:

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können und wird dabei jeden sicherheitspolitisch vertretbaren Spielraum für eine frühestmögliche Reduzierung nutzen, soweit die Lage dies erlaubt und ohne dadurch unsere Truppen oder die Nachhaltigkeit des Übergabeprozesses zu gefährden.

Wichtig ist uns die „Übergabestrategie in Verantwortung“ für Afghanistan, denn ein vorschneller Abzug würde die erreichten Fortschritte gefährden. Deshalb wird auch nochmals der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte intensiviert. Nach Jahren mit lediglich schleppenden Fortschritten geht es dabei nun gut voran.

Bei der Londoner Afghanistan-Konferenz am 28. Januar 2010 vereinbarte die internationale Gemeinschaft mit der afghanischen Regierung die Ausbildung und den gemeinsamen Aufbau von insgesamt rund 306 000 afghanischen Sicherheitskräften (171 600 Soldaten und 134 000 Polizisten) bis Oktober 2011. Derzeit sind etwa 150 000 afghanische Soldaten und 113 000 Polizeikräfte aufgestellt. Die Bundesregierung wird die Polizeiausbildung weiter mit einer hohen Zahl deutscher Ausbilder unterstützen. Bereits im vergangenen Jahr wurden die Anstrengungen im Bereich der militärischen Ausbildung erheblich verstärkt. Diese Maßnahmen sind nötig, denn eines ist unumstritten:

Ohne Sicherheit kann es keinen Wiederaufbau und keine Entwicklung geben – und ohne Wiederaufbau und Entwicklung keine Sicherheit.

Die internationale Schutztruppe ISAF und die afghanischen Sicherheitskräfte haben die regierungsfeindlichen Kräfte in Afghanistan 2010 in die Defensive drängen können. Die dafür nötige Truppenverstärkung der ISAF und das verstärkte Vorgehen gegen die Taliban und andere Aufständische erklären, warum 2010 das verlustreichste Jahr der internationalen Militärpräsenz war.

Der Einsatz in Afghanistan wird sich in den kommenden Jahren entscheidend verändern. Doch die Übergabe der Sicherheit in afghanische Verantwortung ist nicht gleichzusetzen mit dem sofortigen Abzug der internationalen Sicherheitskräfte und der Bundeswehr. Es handelt sich um einen Prozess, der die allmähliche Verringerung unserer Truppenpräsenz in bestimmten Bereichen erlaubt. Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen. Erst wenn die afghanischen Kräfte die Sicherheitslage tatsächlich beherrschen können, wird eine Reduzierung der internationalen Präsenz möglich.

Wie stehen wir zu Verhandlungen mit den Taliban?

Den Mitläufern und gekauften Söldnern der Taliban, die an der afghanischen Zukunft mitarbeiten wollen, muss ein Weg aus dem Terrorismus eröffnet werden. Der Weg zu einem stabilen und sicheren Afghanistan erfordert letztlich eine „politische Lösung“. Hier sind 2010 erste Schritte in Richtung einer politischen Konfliktbewältigung eingeleitet worden. Die im Juni 2010 einberufene Friedensdschirga erteilte dem afghanischen Präsidenten Karzai ein Mandat zu Gesprächen mit der bewaffneten Aufstandsbewegung. Seine Regierung beschloss ein Aussöhnungs- und Reintegrationsprogramm. Im September 2010 berief Präsident Karzai einen Hohen Friedensrat ein, der einen Dialog mit der Führung der Aufständischen in Gang bringen und alle politischen und ethnischen Gruppen Afghanistans in die Friedensbemühungen einbinden soll. Die afghanische Regierung bestätigte die Aufnahme erster Gesprächskontakte zu den Aufständischen.

Der Weg zu ernsthaften Verhandlungen ist noch weit; sofortige Ergebnisse sind nicht zu erwarten. Doch ist zumindest ein Prozess in Gang gekommen, der möglicherweise entscheidender Teil einer politischen Lösung des Konflikts sein wird. Dafür müssen nicht

verhandelbare „rote Linien“ gelten: Gewaltverzicht, Loslösung vom Terrorismus und Anerkennung des Verfassungsrahmens. Die internationale Staatengemeinschaft unterstützt die Bemühungen der afghanischen Regierung durch einen Fonds, der Maßnahmen zur Reintegration finanziert. Deutschland stellt hierfür seit 2010 über fünf Jahre jährlich 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Befindet sich die Bundeswehr in Afghanistan in einem Kriegs-Einsatz?

Außenminister Westerwelle sagte in seiner Regierungserklärung vom 10. Februar 2010 im Deutschen Bundestag:

„Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischen Organisationen führt uns zu der Bewertung, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts zu qualifizieren.“

Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen Rechtssicherheit und Klarheit für ihren Einsatz. Die Neubewertung der Bundesregierung hat dafür ein deutliches politisches Signal gesetzt. Für die Bundesregierung sind nun für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan die Regeln des humanitären Völkerrechts maßgebend — und nicht das deutsche Strafrecht.

Aus der Neubewertung der Lage in Afghanistan ergibt sich keine Veränderung der Einsatzgrundlagen der deutschen Polizisten von Bund und Ländern. Der Einsatz von Polizeibeamten in Afghanistan ist nur in einem militärisch gesicherten Umfeld möglich.

„Bewaffneter Konflikt“ ist ein Rechtsbegriff des Völkerrechts. Ein solcher Konflikt wird bei lang anhaltender bewaffneter Gewalt einer gewissen Intensität angenommen. Dieser kann international oder nicht-international sein. Er ist nicht-international, wenn er innerhalb eines Staatsgebiets zwischen der Staatsgewalt und organisierten bewaffneten Gruppen ausgefochten wird. Die afghanische Regierung trägt, unterstützt von ISAF, einen bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban) aus.

Der Begriff „Krieg“ (im humanitären Völkerrecht wird nur noch von „internationaler bewaffneter Konflikt“ gesprochen) hingegen bezieht sich völkerrechtlich auf bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Staaten. Das ist beim ISAF-Einsatz nicht der Fall. Die

ISAF-Kräfte - und somit auch die Bundeswehr – stehen an der Seite der afghanischen Regierung im bewaffneten Konflikt mit Aufständischen. Dabei spielt es keine Rolle, ob sich die Truppen verteidigen oder ob sie offensiv gegen Aufständische vorgehen. Deutschland ist nicht mit Afghanistan im „Krieg“! Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in Afghanistan kann man aber umgangssprachlich, wenn auch nicht im rechtlichen Sinne, von Krieg sprechen.

Dürfen unsere Soldaten überhaupt in Afghanistan sein?

Ja. Der so genannte ISAF-Einsatz in Afghanistan ist völkerrechtlich durch zwölf Resolutionen des UNO-Sicherheitsrats legitimiert. Alle wurden ohne Gegenstimmen verabschiedet. Die NATO führt ISAF seit August 2003 auf Bitten der UNO und der afghanischen Regierung. Dem stimmten u. a. auch Russland, China, Syrien, Angola und Pakistan zu. Am ISAF-Einsatz beteiligen sich 48 Nationen, darunter z. B. Jordanien, die Ukraine und die Vereinigten Arabischen Emirate, mit insgesamt über 130 000 Soldatinnen und Soldaten.

Das Grundgesetz ermöglicht den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr sowohl außerhalb Deutschlands als auch außerhalb des Bündnisgebiets der NATO auf Basis des Völkerrechts und bei Zustimmung des Deutschen Bundestages. Das Bundesverfassungsgericht hat dies 1994 bestätigt.

Sind wir nicht sicherer in Deutschland, wenn wir sofort aus Afghanistan abziehen?

Nein, denn die Terroristen von Al Qaida bekämpfen die Lebensweise der gesamten zivilisierten Welt. Auch Deutschland ist im Visier der Terroristen. Zu glauben, durch Duckmäusertum würden wir sicherer leben, ist ein Trugschluss. Wer sich dem Druck von Terroristen und Extremisten beugt, muss damit rechnen, dass sich diese ermutigt fühlen, unsere Lebensweise weiter zu bekämpfen.

Zudem: Ein einseitiger Abzug der Bundeswehr wäre kein Beitrag zur Übergabe in Verantwortung, sondern eine Flucht aus der Verantwortung. Wir würden damit nicht nur die erreichten Fortschritte in Afghanistan gefährden und unsere Partner im Stich lassen. Zugleich würde Deutschland viel bündnispolitische Solidarität verspielen und als sicherheitspolitischer Partner dramatisch an Glaubwürdigkeit verlieren.

Was tun wir für den zivilen Wiederaufbau?

Deutschland ist seit Beginn des internationalen Afghanistan-Einsatzes in dem Land am Hindukusch sehr stark engagiert – sowohl im zivilen, entwicklungspolitischen als auch im militärischen Bereich. Deutschland ist nach den USA und Japan der drittgrößte Geber von Entwicklungshilfe und stellt ebenfalls das drittgrößte Truppenkontingent. Der Schwerpunkt des deutschen entwicklungspolitischen und militärischen Einsatzes liegt im Norden Afghanistans. Für den Norden und für ganz Afghanistan gilt, dass noch viel zu tun ist, aber es wurde auch schon sehr viel erreicht:

- Seit Jahren gibt es in Afghanistan ein hohes Wirtschaftswachstum. Seit 2001 lag der jährliche Durchschnitt im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2009 wuchs die afghanische Wirtschaft um 22 Prozent. Für das laufende Jahr prognostiziert die Weltbank ein Wachstum zwischen 8,5 Prozent und 9 Prozent. Der Getreideertrag hat sich seit 2000 mehr als verdoppelt. Mittlerweile können lokale Unternehmen mehr und mehr Waren und Dienstleistungen für den Wiederaufbau bereitstellen. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen ist zwischen 2002 und 2009 von rund 175 US-Dollar auf rund 460 US-Dollar angewachsen. Die Staatseinnahmen haben sich seit 2002 verzehnfacht.
- 2001 gab es fast keine Schulen mehr, nur eine Million Kinder besuchten eine Schule. Heute gehen sieben Millionen Schülerinnen und Schüler zur Schule. 2001 durfte kein einziges Mädchen in die Grundschule. Heute liegt ihr Anteil bei knapp 40 Prozent. 2001 gab es praktisch keine weiterführende Bildung. Heute studieren wieder junge Menschen an Universitäten und lernen an Berufsschulen.
- 2001 gab es keine Gesundheitsversorgung mehr. Heute haben über 80 Prozent der Bevölkerung Zugang zu medizinischer Basisversorgung.
- Anfang September 1997 verboten die Taliban den Ärzten, Frauen medizinisch zu behandeln. Selbst Frauen, die entbinden wollten, wurden nach Berichten der Initiative „Ärzte ohne Grenzen“ aus den Kliniken gewiesen. Auch Ärztinnen und Krankenschwestern wurden unter den Taliban von der medizinischen Arbeit weitgehend ausgeschlossen. Heute haben Frauen wieder Zugang zu medizinischer Versorgung und medizinischen Berufen.
- Die Kindersterblichkeit ist von über 250 pro 1.000 Lebendgeburten auf 161 zurückgegangen. Die Zahl der Kinderheiraten ist um weit über 60 Prozent gesunken.

- 2001 waren Frauen und Mädchen „Menschen zweiter Klasse“ und weithin rechtlos. Erhebliche Probleme bestehen zwar fort, doch ist heute die Gleichberechtigung in der Verfassung verankert. 28 Prozent der Abgeordneten im afghanischen Parlament sind Frauen.
- 2001 gab es fast keine Infrastruktur mehr. Allein im deutschen Verantwortungsbereich im Norden Afghanistans wurden 600 Kilometer Straßen und zahlreiche Brücken gebaut, die Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sind.
- Während der Taliban-Herrschaft gab es keine freie Meinungsäußerung und keine Pressefreiheit und daher auch keine unabhängigen Medien. Trotz anhaltend schwieriger Rahmenbedingungen hat sich die afghanische Medienlandschaft kontinuierlich positiv entwickelt. Seit 2001 ist die Anzahl von gedruckten Medien sowie staatlichen und privaten Radio- und Fernsehprogrammen enorm gestiegen. Rund 300 Zeitungen entstanden, davon erscheinen 14 täglich. Es gibt sieben Nachrichtenagenturen und 90 private Radio- und 20 TV-Anbieter.
- Der Drogenanbau ist nach wie vor ein gravierendes Problem. Afghanistan ist weiterhin weltweit der größte Opiumproduzent. Doch: Die Opiumproduktion ist 2008 und 2009 messbar zurückgegangen. Durch die Verbesserung der Sicherheitslage, die Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte und die Schaffung von Einkommensalternativen muss der Drogenanbau noch weiter zurückgedrängt werden. Auch aus diesem Grund verstärken die internationalen Geber und Deutschland ihre Anstrengungen in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.
- Die Bundesregierung hat 2010 die Mittel für den Wiederaufbau deutlich auf 430 Millionen Euro erhöht (2008 noch weniger als 200 Millionen Euro). Sie will dieses Engagement bis zum Jahr 2013 unverändert beibehalten. Die Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit umfassen die Bereiche Wirtschaftsentwicklung, Energie, Trinkwasserversorgung, Bildung sowie Regierungsführung. So helfen wir bei dringenden Bedürfnissen der Bevölkerung und wirken zugleich langfristig.

Auch nach der schrittweisen Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanische Regierung werden sich für die Staatengemeinschaft und damit auch Deutschland langfristige Aufgaben in Afghanistan stellen. Nicht nur die Ausbildung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte, sondern insbesondere die zivile Aufbauhilfe in den Bereichen Regierungsführung und Entwicklung wird weiter fortzusetzen sein.

Wie steht die afghanische Bevölkerung und Regierung zu den ausländischen Streitkräften?

Die Anwesenheit der internationalen Streitkräfte ist nicht nur völkerrechtlich legitimiert, sie fand und findet die Zustimmung der afghanischen Regierung als auch der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung. Viele Afghanen bitten immer wieder, sie im Kampf gegen die Taliban nicht allein zu lassen. Denn mit einem kopflosen Abzug aus Afghanistan würden wir Millionen Menschen im Stich lassen und viele von ihnen in den sicheren Tod durch die Taliban schicken. Jeder, der den Einsatz der internationalen Streitkräfte in Afghanistan heute mit den Eroberungsversuchen fremder Mächte in früheren Zeiten vergleicht, begeht einen Denkfehler.

Während wir vor allem die Probleme Afghanistans sehen, werden vor Ort viel stärker die Fortschritte wie die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen wahrgenommen.

Unterstützen wir in Afghanistan ein korruptes Regime und einen Drogenstaat? Afghanistan wird auf absehbare Zeit keine Demokratie nach westlichem Muster werden. Der Verlauf der Präsidentenwahl im Jahr 2009 als auch der Parlamentswahl im Jahr 2010 war unbefriedigend. Es gab zahlreiche Beschwerden über Wahlbetrug. Deshalb muss die Staatengemeinschaft noch stärker darauf drängen, dass Wahlen auch tatsächlich fair ablaufen und den Menschen im wahrsten Sinne des Wortes eine Wahl lassen. Doch trotz aller Probleme kann Afghanistan ein Staat werden, dessen Bürger an politischen Entscheidungen teilhaben. Deutschland hat die Ausarbeitung der afghanischen Verfassung beratend unterstützt. Aber vordemokratische Traditionen sind in der afghanischen Gesellschaft immer noch stark und lassen sich nur mittel- bis langfristig ändern.

Die in Afghanistan grassierende Korruption ist nicht nur ein Entwicklungshindernis, sondern unterminiert auch das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen. Deshalb stärken wir mit Programmen unserer Entwicklungszusammenarbeit auch die

Fähigkeit der Verwaltung zur Korruptionsbekämpfung durch den Aufbau interner Kontrollmechanismen. Dabei müssen wir aber berücksichtigen, dass Änderungen tief verwurzelten Verhaltens in dem über Jahrzehnte von Krieg und Bürgerkrieg heimgesuchten Land nicht schnell zu erreichen sind.

Ein gewaltiges Problem ist noch immer der Drogenanbau. Afghanistan liefert seit 2004 mehr als 90% der weltweiten Opiumproduktion. Der Drogenanbau konzentriert sich auf die Provinzen, in denen die Sicherheitslage wegen einer starken Präsenz der Taliban problematisch ist, insbesondere im Süden und Südosten des Landes. Im Norden und Nordosten verzichten die Bauern weitestgehend auf den Schlafmohnanbau. Denn nach Einschätzung des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung wird der Mohn zu vier Fünfteln in Gebieten mit sehr schlechter Sicherheitslage angebaut. Wenn wir die Sicherheit verbessern und es uns gelingt, den Menschen in diesen Regionen wirtschaftliche Alternativen anzubieten, besteht auch dort die Möglichkeit, den Drogenanbau zurückzudrängen.

Das ist dringend geboten, denn zwischen Drogenhandel, Aufständischen und anderen kriminellen Aktivitäten wie Korruption und Menschenhandel bestehen enge Verbindungen. Allerdings sieht das Mandat des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr explizit keine Maßnahmen zur Drogenbekämpfung vor, da diese nicht als militärische Aufgabe anzusehen ist. Die Bundeswehr ist deshalb bei der Drogenbekämpfung nur unterstützend tätig. Die Drogenbekämpfung ist eine Aufgabe, die nicht allein militärisch gelöst werden kann, sondern einen ganzheitlichen Ansatz erfordert. Die Bundesregierung unterstützt deshalb den Aufbau der afghanischen Armee und Polizei als auch Berufsbildungsmaßnahmen oder Projekte zur Behandlung und Rehabilitierung von Drogenabhängigen, die zugleich als Drogenbekämpfungsmaßnahme wirken. Ein Beispiel für den Ansatz, über die Verbesserung der materiellen und sozialen Infrastruktur den Drogenanbau zu bekämpfen ist ein Projekt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bei dem über ein Pilotvorhaben zur Rosenzucht und Produktion von Rosenöl in der Provinz Nangharhar dazu beigetragen wird, alternative Einkommensquellen zum Mohnanbau zu schaffen und somit die Abhängigkeit von Familien im ländlichen Raum von der Drogenökonomie zu verringern.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internet unter folgenden Links:

- Dossier der Bundesregierung zum Thema Afghanistan:
<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Afghanistan/afghanistan.html>
- Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung zur Unterrichtung des Deutschen Bundestags (Dezember 2010)
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2010/2010-12-13-fortschrittsbericht-afghanistan.property=publicationFile.pdf
- Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF)“ vom 13.01.2011
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/044/1704402.pdf>
- Rede des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, zur Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO vor dem Deutschen Bundestag am 21. Januar 2011 in Berlin
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/01/Anlagen/06-3-bmvg.property=publicationFile.pdf>